

An die  
**Stadträte und Stadträtinnen  
der Stadt Suhl**

per Email  
Kopie an Bürgerbeauftragte Thüringen  
und Landtagsabgeordnete Claudia Heber

Birstein, 27. Oktober 2025

Umgang der Stadtverwaltung mit Bürgern im Zusammenhang mit obhutlosen Katzen

Sehr geehrte Stadträtinnen,  
sehr geehrte Stadträte,

als tierschutzrechtlich engagierte Initiative bitten wir dringend um die inhaltliche und strukturelle Neubewertung des behördlichen Umgangs mit obhutlosen Katzen und den betroffenen Bürgern. Die im folgenden kurz beschriebenen Fälle sind auf unserer Webseite ausführlich dokumentiert: <https://politik-fuer-die-katz.de/projects/suhl-thueringen/>

### **Herr T. (2024) – aktueller Fall**

Im Oktober 2024 wurde Herr T., ein über 80-jähriger, gesundheitlich stark eingeschränkter Bürger, vom Veterinäramt unangemeldet kontrolliert und nach Auffinden von sechs Katzenwelpen als „Halter“ eingestuft sowie für die Kosten der Wegnahme und Unterbringung der Tiere haftbar gemacht. Dies, obwohl das Amt Kenntnis von einer über Jahre außer Kontrolle geratenen Katzenpopulation in der Nachbarschaft und von mehreren durch Nachbarn gemeldeten unkontrollierten Katzenpopulation hatte.

Die Behörde hat ihre eigenen Amtspflichten zum Tierschutz über Jahre ignoriert und nun die Verantwortung auf einen nicht leistungsfähigen Bürger abgeschoben. Herr T. soll über 1.400 € für die Sicherung und Versorgung der Katzenwelpen zahlen.

### **Vergleichsfall: Frau Thorwirth, Suhl**

2022 wurde Frau Thorwirth in einer Suhler Gartenanlage in ähnlicher Weise durch das Veterinäramt adressiert. Die Dame fütterte dort aus Tierliebe heimatlose Katzen und bat angesichts der unkontrollierten Vermehrung die Behörde um Hilfe. Die Behörde verfügte dann, dass die alte Frau (!) die sehr scheuen Tiere einzufangen und zu vermitteln habe – unter Berufung darauf, dass die Tiere „ihr gehören würden“, weil sie Futter bereitgestellt hatte. Ein Widerspruch in sich, der auch der Prüfung durch das Landesamt für Verbraucherschutz stand hielt. Sie musste über 400 € für

die Bearbeitung ihren Widerspruchs zum Bescheid zahlen – für eine Klage hatte sie keine Kraft mehr.

Auch in diesem Fall ist die Behördenlogik realitätsfern: Es besteht kein Besitz- oder Haltereigenschaft durch das bloße Füttern von Katzen. Die behördlichen Anforderungen und Belastungen der beiden älteren Bürger sind absurd und inakzeptabel. Eine Lösung für das eigentliche Problem wurde und wird durch die Behörde konsequent vermieden.

## **Bewertung**

Es ist wichtig, dass die Stadt Suhl ihre gesetzliche und moralische Verantwortung ernst nimmt und aktiv nach nachhaltigen Lösungen für das bestehende offensichtlich bestehende Katzenproblem sucht. Das derzeitige Vorgehen der Stadt führt jedoch dazu, dass Bürgerinnen und Bürger zögern, ihre Kenntnis von Katzenpopulationen offen mitzuteilen. Anstatt Menschen, die aus Mitgefühl Katzen füttern, mit bürokratischen Maßnahmen zu belasten, sollte die Stadt durch unterstützendes und verantwortungsbewusstes Handeln das Vertrauen der Einwohner stärken.

- Die Untätigkeit der Stadt über Jahre hinweg hat die Population und das Tierleid im Stadtgebiet verschärft.
- Eine Verlagerung der Verantwortung insbesondere auf hilfsbedürftige Einzelpersonen ist unethisch und unsozial.
- Ein Katzenfütterungsverbot ist tierschutzrechtlich nur zulässig, wenn geeignete Maßnahmen (Kastrationsaktionen, betreute Futterstellen für obhutlose Katzen und eine Katzenschutzverordnung nach § 13b TierSchG oder eine Katzenkastrationsregelung nach dem Polizei- und Ordnungsrecht) umgesetzt werden, um die Populationen obhutloser, frei lebender Katzen zu kontrollieren.

## **Appell**

Deshalb bitten wir Sie eindringlich: Prüfen Sie die bestehenden städtischen Verfahren im Umgang mit obhutlosen Katzen kritisch, setzen Sie sich aktiv für eine gerechte und tierschutzorientierte Lösung ein und sorgen Sie dafür, dass Mitgefühl und Verantwortungsbewusstsein zum Maßstab kommunalen Handelns werden. Sie haben die Möglichkeit, durch mutige und konstruktive Entscheidungen den Tierschutz nachhaltig zu stärken und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung zurückzugewinnen.

Für Fragen hierzu stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Anke Feil, Politik für die Katz`